

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Meist sind seine Tage von einer stillen Heiterkeit umglänzt. Sie spiegelt sich in den zahlreichen Liedern, die wie von einem schönen, fremden, verirren Vogel gesungen sind, dem seine neue Heimat gefällt. Die Kraft ist gebrochen. Aber der unbeschreibliche Zauber ist ihm geblieben. Wir kramen die Anekdoten nicht aus, die oft nur lieblose Neugier erzählt. Wir halten uns an jene Worte, die uns verweisen an sein Werk und so bescheiden sind im Schmerz, in allem, was nur sein Leben, dieses todestraurige Leben, betrifft, in dem die Besinnung nichts als Leid und die Heiterkeit Wahnsinn gewesen ist:

„Doch wenn unheilige schon
in Menge
und frech

Was kümmern sie dich
O Gesang den Reinen, ich zwar
Ich sterbe, doch du
Gehst andere Bahn, umsonst
Mag dich ein Neidisches hindern.

Wenn dann in kommender Zeit
Du einem Guten begegnest
So grüß ihn, und er denkt,
Wie unsere Tage wohl
Voll Glücks, voll Leidens gewesen.“

Politische Rundschau

Zur Lage.

Die Reden, die Bundesrat Kobelt am 9. Mai in Zug, Bundesrat Stampfli am 16. Mai in Wattwil gehalten haben, sind, als Ausdruck unseres entschlossenen Willens zur Unabhängigkeit unmittelbar vor Eintritt einer kaum zu leugnenden zeitlichen Gefahrenzone, im ganzen Lande herum mit Zustimmung aufgenommen, ja, wie die Lösung aus einer allgemeinen Spannung, zur richtigen Zeit aus dem Willen des ganzen Volkes gesprochen, einhellig begrüßt worden. „Eine gute Rede“ — schrieb die „Tagwacht“ über die ernstesten Darlegungen, die der Chef des Militärdepartements in Zug zu Händen des ganzen Schweizervolkes gegeben hat. Die Rede war ein Appell zur Geschlossenheit und zur Wachsamkeit, und sie hat im ganzen Volke eine beträchtliche und hoffentlich nachhaltige Rückwirkung erfahren. Denn unsere Lage ist — Bundesrat Kobelt hat es deutlich genug gemacht — auf dem Wege, sehr ernst zu werden. An der Rede von Bundesrat Stampfli fiel Verschiedenes auf: einmal die werbenden Worte, die er für den Chef des Politischen Departements sprach, indes hier und da, auf die

im Dezember fälligen Bundesratswahlen hin, Andeutungen über einen eventuell gewünschten Wechsel in diesem Bereiche fallen; andererseits die erfreulich scharfe und entschiedene Stellungnahme gegen die Kommunisten und die sozialistische Dissidenz der Gruppe des Herrn Nicole. Zur selben Stunde aber, da Herr Stampfli so in Wattwil sprach, wurden in den Genfer Wahlbüreau die Stimmen gezählt, die das Volk bei einer gut 57 %igen Stimmbeteiligung am Vormittag für die Gemeinderatswahlen abgegeben hatte, und es entstieg den Urnen dieses Ergebnis (Listen):

| | |
|------------------------------------|------|
| Radikale | 5058 |
| Nationaldemokraten | 3220 |
| Christlichsoziale | 1738 |
| Arbeiterliste | 6968 |
| Sozialdemokraten (Gruppe Roffelet) | 1461 |
| Unabhängige | 825 |

Und darin lag nun für viele Leute eine arge Enttäuschung. Einmal wegen des starken Ergebnisses der Arbeiterliste, also der Liste der Gruppe Nicole, die, weil sie weder ihren Chef selbst noch sonst irgend eine Prominenz in ihren Reihen aufführte, für diesmal — vernünftigerweise — zur Wahl zugelassen worden war. Das also war nun das Ergebnis des Verbotes und der Repressionsmaßnahmen, so spiegelten sich die jüngsten Verhandlungen im Prozeß vor Bundesgericht in dem Willen des Volkes, daß es Nicole und seinen Freunden — obwohl sie selbst gar nicht auftreten durften — genau so viele Stimmen gab wie im Jahre 1939, vor dem Verbot! In der sozialdemokratischen Presse hub schon am Tage nach der Wahl ein Hausstreit darüber an, wie wohl diese Wahlen zu bewerten wären; und da fanden nun die einen, Nicole habe nicht nur für sich, sondern für die gesamte Arbeiterschaft einen großen Erfolg davongetragen, während andere wieder der Meinung waren, das sei gar kein so großer Erfolg: 7000 Nicolisten und 1500 Listentreue Sozialisten auf 37,000 Stimmberechtigte im gesamten, nachdem man 1935 die absolute Mehrheit gehabt, infolge der radikalen Politik Nicoles 1936 jedoch bereits wieder verloren hatte. Uns vermag dieser Hausstreit als solcher nicht sonderlich zu bewegen. Was uns aber wesentlich erscheinen will, sind zwei Punkte:

Man wird sich nun einmal allen Ernstes zu überlegen haben, wie es eigentlich mit unserer Verbotspraxis steht. Es ist schon wiederholt und von verschiedenen Seiten — und keineswegs etwa allein von sozialistischer Seite oder sonst aus Linkskreisen — auf die Mängel hingewiesen worden, die den Verbotmaßnahmen immer wieder anhaften, und deren wichtigste uns diese zu sein scheinen, daß einmal eine Partei durch ein Verbot nicht weniger interessant wird, sondern interessanter und damit anziehender und daß die infolge der zwangsläufigen Über tretungen notwendig werdenden Repressivmaßnahmen und Prozesse in erster Linie einmal Märtyrer schaffen; und daß zweitens die Überwachung bei einer verbotenen Organisation weit schwieriger ist als in dem Falle einer Organisation, die sich frei bewegen und frei geben kann. Das sind rein praktische Mängel, über deren Bedeutung vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit zu entscheiden wäre. Allein nun besteht noch ein anderer Gesichtspunkt, eine Erwägung durchaus grundsätzlicher Natur. Wir sind eine Demokratie und halten uns bekanntlich viel darauf zugute. Nun wissen wir ja alle, daß es in Gefahrenzeiten wie den gegenwärtigen nicht möglich ist, die Grundsätze unserer Staatsordnung in allen

ihren praktischen Auswirkungen, und mit allen ihren Freiheiten, weiter üben zu lassen, als wenn nichts wäre. Deshalb haben wir diese Freiheiten hier und dort einschränken müssen, und diese Einschränkung geschah im wesentlichen mit allseitiger Zustimmung des ganzen Volkes, weil wir alle wissen, daß es sich um kriegsbedingte Zeitmaßnahmen handelt und um nichts anderes, und daß wir im übrigen selbst schon dafür Sorge tragen werden, daß diese Einschränkungen unserer Grundfreiheiten so rasch wie möglich wieder verschwinden. Aus diesem Grunde können uns auch die Unkenrufe derer nicht weiter erregen, die mit dem Argument hausieren, wir wären ja tatsächlich nicht ein bißchen freier als die totalitären Länder, die wir so heftig kritisierten — im Gegenteil. Diese Leute interessieren uns einzig insoweit, als wir nicht naiv genug sind nicht zu merken, daß es ihnen in Wahrheit gar nicht um unsere Freiheit geht, sondern um etwas ganz anderes, das gar nicht ausgesprochen werden muß: die Herren wissen schon, was gemeint ist. Allein man wird immerhin die Frage aufwerfen können, ob es nicht im Sinne unserer Institutionen liegt, diese Einschränkungen so knapp als möglich zu halten; sicher ist das der Wille des Volkes. Und deshalb sollte über gewisse Parteiverbote einmal allen Ernstes geredet werden, wenn auch, aus besondern Erwägungen, der kommunistische Bereich zur Zeit kaum in die Diskussion zu ziehen wäre. Einstweilen möchten wir hier und für heute nicht Stellung beziehen, weil dies zu einer ausführlichen Auseinandersetzung mit den Gründen führen müßte, die für Verbote sprechen, wofür in diesem Rahmen nicht der Platz ist. Wir wissen wohl, daß auch diese Gründe sehr wichtig sind. Wir möchten also nur die Frage aufgeworfen haben. Was nämlich in Genf geschah, läßt jedenfalls den Schluß zu, daß der Wille des Volkes nach einer anderen Richtung geht. Und daß dies nicht etwa allein für Genf zutrifft, das haben gewisse Beobachtungen gezeigt, die bei den letzten Zürcher Abstimmungen in einigen Landbezirken auffallen mußten. Eine ungewöhnliche, über das „übliche“ Maß weit hinausgehende Verwerfungssucht ist im Begriffe, Gruppen von Stimmbürgern zu befallen. Anscheinend haben eben weite Kreise des Volkes nachgerade genug von dem großen Maße staatlicher Eingriffe, und sie sind für das Ausmaß in der Bestimmung des Notwendigen bei staatlichen Lenkungsmaßnahmen sehr empfindlich geworden. Es verdient also nicht nur die Lage in Genf allein vermerkt zu werden. Wer weiß, ob nicht die fast überall beobachtete schlechte Stimmbeteiligung letzten Endes in einer gewissen Resignation gegenüber den ewigen staatlichen Eingriffen begründet ist. Unsere Behörden, die, wenigstens im Bunde, unter dem Vollmachtenregime tatsächlich fast allein die ganze Last der Verantwortung tragen, werden selbst bestimmen müssen, wieweit solchen Reaktionen des Volkswillens nachgegeben werden kann. — Was aber das Volk betrifft, so sollte es seinerseits freilich wissen, daß es auch hier zu seinen Behörden, denen schließlich allein der Überblick über das Ganze zur Verfügung steht, Vertrauen haben muß.

Ein anderes Moment betrifft die Diskussion über die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie einerseits und den Nicolisten und Kommunisten andererseits, die durch das Genfer Ergebnis, wie es scheint, wieder neu in Fluß gekommen ist. Offiziell vertritt die Partei bekanntlich den Standpunkt, wenn eine Befriedung zustandekommen möchte, so hätten die Kommunisten und ihre Gesinnungsfreunde vorerst einmal ihre Organisationen aufzu-

Lösen, dann das Programm der Partei als für sie verbindlich anzuerkennen und könnten endlich einzeln wieder in die Partei, eventuell in Gnaden, aufgenommen werden. Soweit die offizielle Meinung. Diese begegnet freilich bei den radikalen Elementen in der Partei heftiger Opposition; jene Leute nämlich sind der Meinung, „es steht uns nicht an, von der Kommunistischen Partei zu verlangen, sie solle sich auflösen und zu uns kommen. Was gibt uns das Recht zu dieser Forderung?“

Die Auseinandersetzungen in der Partei darüber müssen jedenfalls sehr heftig sein, und heftiger als von außen erkennbar, so heftig, daß nun gerade dieser Tage Nationalrat Friedrich Schneider (Basel) vor aller Öffentlichkeit im „Volksrecht“ zur Ordnung mahnen muß und sogar verlangt, „daß sich die Partei in den Zustand der Mobilisation begeben, um zum Rechten zu sehen“. Erscheint bereits diese Manifestation aus dem Vorstand der Partei bemerkenswert und kennzeichnend für die gespannte Lage innerhalb der Sozialdemokratie, so muß aber direkt sensationell anmuten die Begründung, die Schneider seinem Alarmruf gegen das Treiben der Parteiopposition gibt, sensationell zumal bei einem Politiker, der selbst dem linken Flügel der Partei angehört und von dem man so grundsätzlich nicht ohne weiteres eine Distanznahme im Verhältnis zu den linken Anstößern zu erwarten brauchte. Und dieser Mann nun setzt einem rebellierenden Mitglied der Parteiopposition über die Kommunisten dies ins Stammbuch:

„Aber mit einer Partei, die in den lebenswichtigsten Dingen des Landes und der Arbeiterschaft ihr Verhalten von fremden Weisungen abhängig macht, kann es kein Bündnis geben, und wenn sonst noch so viele Berührungspunkte vorhanden sind. In dieser entscheidenden und für unser Land gefährlichsten Epoche der Weltgeschichte kommt es nicht auf das viele Drum und Dran in den Ausführungen des Genossen L. St. an. Entscheidend ist, ob wir unter allen Umständen für die Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit des Landes einstehen, unbekümmert, wie sich — die Sowjetunion zu ihnen verhält, sintemalen und allbiweil ich als Marxist der Meinung bin, daß die Arbeiterklasse jedes Landes selbst mit ihrer Bourgeoisie fertig werden muß. Um das geht es im Kampfe um das Verhältnis zu der KP und um gar nichts anderes.“

Diese Feststellungen, die aus dem Munde eines Linkssozialisten kommen, sprechen für sich selbst. Sie sind erfreulich als klare Erkenntnis. Und sie könnten ein Beweis dafür sein, daß die Stimme der Verantwortung in der Partei sich immer mehr Gehör zu schaffen beginnt — und zwar auch nach links hin. Jedenfalls aber unterstreichen sie in schlechterdings eindeutiger Weise die ernstesten Worte, die Bundesrat Stampfli in Wattwil sprach, und die in einer Mahnung zu verschärfter Wachsamkeit gegenüber den Kommunisten und der Gruppe Nicole die entscheidende Folgerung zogen. Aber damit kämen wir wieder zu der Frage, wie sich solche Wachsamkeit zweckmäßig betätigt; und hier im besonderen: ob sie sich auch der Gruppe Nicole gegenüber der zweischneidigen Waffe des Parteiverbotes bedienen soll, oder nicht.

Nun lassen sich freilich, außer der Stimme Schneiders, der das kommunistische Kind einmal beim Namen genannt und eben den notwendigen Graben gegen die Sowjetunion gezogen hat, auch stets wieder, selbst in sogenannten parteioffiziellen Blättern, jene anderen Stimmen ver-

nehmen, die eben auch vermerkt zu werden verdienen. Da bot denn der 1. Mai, der Feiertag der internationalen Arbeiterschaft, für solche Beobachtungen die erwünschte Gelegenheit. Von den beiden großen Organen hielt sich zwar das eine, das „Volkrecht“, noch eher zurück. Immerhin fand man an diesem Tage in seinen Spalten eine vielleicht doch fast anzügliche *R e m i n i s z e n z* aus dem Maifeiertag des Jahre 1913, da Mussolini in Zürich als Maifeierredner aufgetreten war, mit einigen Bildern und faksimilierten Briefen des Staatsmannes. Nun ließen sich zwar an dieses artige Bild der Erinnerung unschwer einige leicht maliziöse Betrachtungen anfügen, so z. B. darüber, zu was allem gerade eine hundertprozentige dogmatisch-sozialistisch-marxistische und eben vor allem etatistische Schulung, in Jahren der Blüte genossen, am Ende noch führen kann... Allein die Zeiten sind nicht darnach, zu solchen Betrachtungen, da am 21. Mai der Duce den vierten Jahrestag des Stahlpactes beging... Auch sonst war man in Zürich eher friedlich gestimmt an diesem Tage; wir sahen den Maiumzug; er war von imponierender Stärke und hinterließ gerade deshalb seinen Eindruck, da er, in den Transparenten sowohl wie in seinem ganzen Gehaben, das Provokatorische durchaus zu vermeiden wußte. Interessant war die Festrede von Nationalrat Dprecht; triefte sie zwar gewiß nicht gerade von Neutralität, so verriet sie hingegen — nehmt alles nur in allem — durchaus das Bestreben, das sozialistische Volk nicht etwa außerhalb des Bereiches der nationalen Gesamtanstrengung zu lassen und feiern zu lassen. Aus Bern freilich kam ein anderer Gruß. So erschien zu diesem Tage die „Tagwacht“ mit der wallenden Fahne des Kämpfers, aber eines fremden Kämpfers: denn über dieser Titelseite stand, in blutroten Balken, der Name: *S t a l i n g r a d*. Und der russische Kampf um die Stadt mußte als Beispiel gesetzt werden für den Kampf des Sozialismus um die Befreiung der Arbeiterklasse... Auf der inneren Partie des Blattes aber fand der geneigte Leser *A u s z ü g e* aus der Verfassung Sowjetrußlands und Kernsprüche Stalins. Zu solchen Dingen nun wird sich, so glauben wir, auch jener schweizerische Bürger seine eigenen Gedanken machen, der gar nicht unbedingt zu denen gehört, die gleich Zustände bekommen, wenn sie einem Marxisten oder ihm stammverwandten Genossen begegnen. Bei aller Bewunderung für den Heldenkampf um die Stadt vermag schließlich der nüchterne Sohn Wilhelm Tells, der es vorzieht, das Feld der politischen Geschehnisse zu Fuß zu durchstreifen und darauf verzichtet, angetan mit den Engelsflügeln der Phantasie, seine holperigen Räume zu überfliegen, auch in *S t a l i n g r a d* schließlich nichts anderes zu erkennen als eine machtpolitische Auseinandersetzung zwischen zwei Großmächten, wie sie sich während des Zeitlaufes unserer Generation ja schon mehr als einmal ereignet hat und noch ereignen wird. Ist wirklich unseren sozialistischen Landsleuten diese zwar sehr profaische, dafür aber eben einzig gegebene Standpunktnahme auch heute noch so wenig geläufig? Wir vermögen das nicht recht zu glauben. Vielmehr sind wir verwegen genug, anzunehmen, daß mehr als ein Leser der „Tagwacht“ sich vor diesen schönen Dingen seine inneren Vorbehalte gemacht hat... Für solche Sachen sind wir Schweizer allesamt, glücklicherweise, im allgemeinen doch zu nüchtern. Die anderen aber mögen sich dafür an jener *United-Press-Meldung* vom 17. Mai erfreut haben, wonach in der Moskauer Staatsoper „*W i l h e l m T e l l*“ „in neuer Inszenierung“ (die Ironie ist nicht schlecht!) aufge-

führt worden sei — wahrscheinlich war es, wie die „Basler Nachrichten“ wohl mit Recht vermuten, Rossinis Oper. Die Aufführung hat, so wird berichtet, bei Presse und Publikum „begeisterte Aufnahme“ gefunden, und folgendes schrieb die „Zsweftja“:

„Die Wahl des Stückes war ausgezeichnet. Wilhelm Tell, der edle Held des unabhängigen Schweizervolkes, der das Banner des Aufstandes gegen die sein Land unterdrückenden österreichischen Tyrannen erhob, ist ein lebendiges Beispiel des Mutes und der Treue zum Vaterland usw. usw. usw...“

Wir danken natürlich sehr für diese Aufmerksamkeit und nehmen sie höflich zur Kenntnis. Was freilich die Unabhängigkeit unseres Volkes betrifft, so werden wir gerne selbst um sie besorgt sein...

Und was endlich nochmals die „Tagwacht“ betrifft, so möge sie uns nicht böse sein, wenn wir uns erlauben, sie daran zu erinnern, daß es eine Zeit gab, da sie über Stalin ganz anders schrieb, und daß diese Zeit noch gar nicht so lange zurückliegt. Es war im Winter 1939/40... Im übrigen aber können wir uns vorstellen, daß jene kommunistischen Flugblätter, die um den 1. Mai verteilt wurden, nicht zuletzt dank eines solchen Ersten-Mai-Aussages wohl den Boden mancherorts gut vorbereitet fanden!

Jüngst schrieb ein gewerkschaftliches Organ über das „Licht aus dem Osten“, daß wir es genau so ablehnen müßten, wie wir das „Licht aus dem Norden“ abgelehnt haben. Dieser Meinung sind wir auch. Die „Tagwacht“ — leider — noch nicht.

* * *

Nun sind aber die Genfer Gemeindevahlen in ihren Ergebnissen noch nach einer anderen Richtung sehr bemerkenswert. Es läßt sich nicht bestreiten: der Landesring hat eine schwere Niederlage erlitten. Bewegt sich die Bewegung bereits rückwärts? Fast macht es den Anschein. Bei den Großratswahlen des letzten Herbstes machte der Landesring in Genf 3000 Stimmen, heute 825. Nun läßt sich freilich genau nicht feststellen, wieweit die Ursachen in einer merkbaren Verärgerung weiter Kreise über das berühmte Manöver mit den Ultramarine-Kandidaten zu suchen sind — der Genfer Landesring ist nun darüber vollends auseinandergebrochen —, und wieweit eben im Herbst zahlreiche Nicolisten — damals wurde die „Arbeiterliste“ nicht zugelassen, auch nicht in der jetzigen Form — mit dem Landesring gestimmt haben. Sicher ist aber, daß infolge des Verbotes der Nicole-Partei bei den Großratswahlen ein falsches Bild entstanden war, und dieses Bild ist nun gründlich korrigiert worden. Nicht in einem einzigen Bezirk konnte der Landesring das Quorum erreichen. Das ist für seinen Promotor, der mit so großen Hoffnungen nach Genf gezogen war, eine bittere Erfahrung. Abzuwarten bleibt, wie sich nun die weitere Entwicklung auf diesem nervösen Sektor unseres schweizerischen politischen Lebens gestaltet. Eventuell wird sich die Rückbildung rasch verschärfen. Ein richtiges Bild werden freilich erst die Nationalratswahlen im Herbst zu geben vermögen.

Inzwischen sind zwar weitere Anzeichen bemerkt worden, die ebenfalls auf ein Nachlassen der Zugkraft des Landesrings schließen lassen. Die Initiative „Recht auf Arbeit“ ist, trotzdem sie mit einer für

unsere Verhältnisse reichlich großen und stürmischen Propagandawelle gestartet wurde, nur mit der bescheidenen Ziffer von 73,000 Unterschriften in den Säfen der Bundeskanzlei eingefahren — „das magere Paradedpferd“, nennt dies eine Zeitung. Und gewiß: ein bescheidenes Ergebnis, angesichts des großen Aufwandes.

Schließlich ließe sich auch aus der Zürcher Abstimmung vom 16. Mai eine ähnliche Bewegungsrichtung ableiten. Unter den Vorlagen befand sich ein Gesetz über die Geschäftsagenten und Liegenschaftsvermittler, für das der Landesring als einziger die Neinparole ausgegeben hatte. Gleichwohl ist das Gesetz nicht nur angenommen, sondern noch mit einer größeren Zahl Ja-Stimmen angenommen worden als alle anderen Gesetze, obwohl sich dort der Landesring der Ja-Parole der anderen angeschlossen hatte. Man mag diese Tatsache nicht allzu wichtig nehmen — als Symptom, in der Hochburg der Migros und des Landesrings, erhält sie bestimmt ihre Bedeutung.

* * *

In der Berichtsperiode fanden auch sonst im Schweizerlande herum verschiedene Wahlen statt. Sie alle haben, im Grunde, einen gemeinsamen Zug erwiesen. Bemerkenswert war eine Einzelwahl, die Bestimmung des neuen Schaffhauser Ständerates. Hier mußte sich der bekannte Stadtpräsident von Schaffhausen, Nationalrat Bringolf, nach einem heftigen Kampfe geschlagen geben; gewählt wurde ein Vertreter der Industrie, Dr. Julius Bühner, dessen Kandidatur durchaus unter dem Zeichen des sozialen Ausgleichs stand. Gerade deswegen ist die Wahl zu begrüßen, und außerdem vermag sie, so denken wir uns, jenen Kreisen zur Genugtuung gereichen, die den Freisinn gerne wieder etwas kursfester sehen würden — vielleicht etwas kursfester als er sich am 11. April in Genf erwiesen hat. Es wird in der Presse hie und da festgestellt — so unlängst noch von Pierre Béguin im „Journal de Genève“ — daß der Freisinn fast mit jeder Wahl langsam zurück geht, und manche Leute fragen sich, ob dies nicht vielleicht doch eben mit einer gewissen Kompromißbereitschaft in Prinzipfragen, wie sie, so scheint uns, an jenem Genfer Parteitag unter anderem zum Ausdruck gekommen ist, zusammenhängen mag. Wir sind uns zwar durchaus der Tatsache bewußt, daß die Nationalratswahlen vor der Tür stehen. Trotzdem aber gehört die Idee der „Vollbeschäftigung“ heute, wenigstens nach der ganzen terminologischen Struktur, eher in das statistische Lager als in ein freisinniges, wie auch die Errichtung von Lohnämtern sich stark jenem Bereiche nähert, wo sich die Hand des Staates schwer über alles breitet. Daß eine Geneigtheit in diesem Bezirk letzten Endes nur Schaden stiften kann, hat unlängst das „Aargauer Tagblatt“ klar und sauber herausgestellt:

„Der Bund fördert... als wirksames Mittel die Berufsgemeinschaft, welche sabotiert würde, wenn der Staat die entscheidenden Funktionen im Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bekäme; beide Teile würden einander entfremdet.“

Hier liegt der entscheidende Punkt: die Lösung der sozialen Probleme durch die Berufsgemeinschaft ist unsere große kommende Aufgabe. Ihr dienen wir nicht, sondern wir behindern sie,

wenn wir nicht gegenüber staatlichem Expansionsstreben kompromißlos festbleiben und da haltmachen, wo der Weg zum „Vorsehungsstaat“ abzweigt.

Im übrigen ergaben die Wahlen — wir erinnern an Graubünden, Luzern — den Eindruck einer bemerkenswerten Stabilität. Es ist keine Grundwelle zu bemerken. Das spüren nicht zuletzt auch die Sozialdemokraten. Die „Neue Schweiz“ zieht nicht so recht, und die sozialistischen Stimmen sind vielerorts zurückgegangen. So ist diese „Generalprobe“ auf die Nationalratswahlen ohne weitere Bewegung ausgefallen.

* * *

Am Ende ist dies nun allzu begreiflich: Die Entwicklung des Krieges, und die Entwicklung der Sorgen, die er auch unserem Lande immer mehr — politisch und außenwirtschaftlich — bereitet, will uns gefangennehmen mit allen unseren Gedanken, mit allen unseren Plänen, mit allen unseren Wünschen. Vor ihr treten die anderen Dinge immer weiter zurück. So nimmt uns mehr und mehr die Entwicklung des Krieges fast völlig in Anspruch; oder fühlen wir vielleicht, daß er sich seinem Ende nähert?

Es läßt sich jedenfalls nicht bestreiten, daß mit dem Abschluß des Feldzuges in Nordafrika und damit nun in Afrika überhaupt eine sehr bedeutsame Vorentscheidung gefallen ist, und daß hier wiederum die besonderen Umstände, welche der letzten Phase dieses Kampfes, zwischen dem 5. und 15. Mai, in sehr eindeutiger Weise ihren Charakter gegeben haben, vielleicht etwas wie eine Ahnung kommender Entwicklungen zu vermitteln vermögen. Nun läßt sich wohl der von deutscher Seite gegebenen Auslegung in der Beurteilung der Schlacht um Tunesien unbestreitbar manches Positive entnehmen. Rechnete man demnach allierterseits mit der endgültigen Vereini-gung der afrikanischen Angelegenheiten auf Ende des Jahres 1942 — und Churchill hat dies eben erst in Washington bestätigt —, so hat die Achse — und so will es ihre Propaganda — immerhin fast ein halbes Jahr gewonnen. Gewonnen? Vielleicht liegt hier gerade der empfindliche Punkt. Es heißt, inzwischen wäre die Abwehrfestigkeit des Kontinents auf einen faktisch unbezwingbar gewordenen Härtegrad gebracht worden. Daß in dieser Richtung alle Anstrengungen gemacht worden sind, ist nun freilich unbestreitbar. Diese dürften sich vorerst einmal auf die letztbesetzten Teile Frankreichs bezogen haben. Man hat das Casino von Nizza entfernt. Man hat das alte Marseille niedergerissen. Die große Organisationsgabe der Fortifikations-spezialisten des Reiches, denen eine schlecht hin vollendete, riesige Organisation zur Verfügung steht, die einst Todt geschaffen und nun Speer meisterhaft einzusetzen weiß, hat zweifellos all das erreicht, was zu erreichen überhaupt nur möglich war in dieser Zeitspanne. Und man hat ferner jene Maßnahmen fortgesetzt, sie in jüngster Zeit sogar noch erheblich gesteigert, welche den Kontinent auch von einem anderen Gesichtspunkt aus „invasionsfest“ werden lassen sollen: die Erfassung der waffenfähigen Männer in den besetzten Westgebieten und ihre Eingliederung in den deutschen Arbeitsprozeß — und eben unmittelbar im Reiche selbst — ist eine jener Maßnahmen, die in ihrer Eindeutigkeit nicht mißzuverstehen, angesichts der Stimmung in den besetzten Gebieten aber wohl als unausschiebbar empfunden worden sind.

So ist denn, gerade in den letzten sechs Monaten, zweifellos alles getan worden, was überhaupt getan werden konnte, um den Kontinent auf äußerste Abwehrbereitschaft zu bringen, und das „Schwarze Korps“ hat bestimmt das Richtige getroffen, wenn es eben die neue Lage dahin fixiert: nun wäre der Augenblick gekommen, da die britische Seemacht aufs Land müsse, wenn sie den Krieg in das Herz der Festung zu tragen sich anschicke — und damit eben sei der Krieg in sein entscheidendes Stadium eingetreten. Damit umreißt die Zeitung die volle Schwere der Aufgabe, die eine Invasion — nun sie aus der Planung in die Verwirklichung umgesetzt werden soll — bedeuten muß. Die Frage ist nur, ob nicht die alliierte Führung, der die Größe des Problems natürlich ebenso klar ist wie den Verteidigern, inzwischen auf andere Wege sinnt, zum Ziele zu kommen.

Und noch ein weiteres: am Ende erschöpft sich eben die Kriegsführung keineswegs in dem Bereiche des Militärischen allein.

In den großen Linien, aus denen das militärpolitische Gesamtbild gezeichnet wird, sind nun durch den Abschluß des nordafrikanischen Feldzuges ohne Zweifel Verschiebungen ganz bedeutenden Ausmaßes eingetreten. Italien hat gerade das verloren, wofür es schließlich in den Krieg eingetreten ist: die Herrschaft im Mittelmeer ist heute in britischer Hand, und keine Möglichkeiten sind ersichtlich, diese Lage wieder zu wenden.

Man hat oft gesagt, der Krieg werde durch die Beherrschung der Meere entschieden. Im Mittelmeer, mit seinen engen Räumen, entscheiden jedenfalls Seemacht und Luftmacht zusammen; so sehr, daß wohl eine Beherrschung seiner Längs- und Querverbindungen ohne die eine oder die andere dieser Mächte nicht denkbar sein kann. Dort aber hat sich während des tunesischen Feldzuges, und vor allem seit dessen Abschluß, eine rasante Überlegenheit der Alliierten in der Luft herausgebildet. Sie ist es, welche den tunesischen Feldzug entschied und seinen jähen Abschluß herbeiführte — einen Abschluß, gegen den Dünkirchen fast wie eine gewonnene Schlacht erscheint. Sie ist es, welche die Städte Südtaliens jenem pausenlosen, erbarmungslosen Bombenhagel aussetzt, dessen Schrecken die täglichen Berichte zu uns sprechen lassen. Unter ihrem Schutze fahren nun die Schiffe wieder zum Suezkanal; die Luftwaffe der Achse vermag sie oftmals darin zu stören, nicht aber, sie daran zu hindern. Allein es ist am Ende diese Überlegenheit der Luftwaffe — sie ist heute nicht allein in den Bereichen des Mittelmeers, sondern wohl schon allgemein als bestehend anzunehmen, oder doch in unaufhaltbarer Entwicklung begriffen —, die schließlich auch das Invasionsproblem zwar nicht aus den Angeln hebt, ihm jedoch jene anderen Aspekte zu verleihen vermag, vor denen, so mag es scheinen, manche Berechnungen eben fast ihre Grundlage zu verlieren drohen...

* * *

Solche und ähnliche neue Aspekte sind es letzten Endes auch, die sich auf die Beziehungen im Lager der Alliierten niederzuschlagen beginnen. Hier besteht der Konflikt zwischen Rußland und Polen, der im Gefolge der Leichenfunde bei Smolensk entstand, unverändert weiter. Zwar spricht man

nicht darüber, aber damit ist er nicht behoben. Im Gegenteil: man hat den Eindruck, als schwele die Glut immer weiter. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen loderte für einmal das Feuer empor. Dann wurde es scheinbar wieder ruhig. Allein am 18. Mai erfuhr man, die Verhandlungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die seit langem in London zwischen den beiden Exilregierungen geführt wurden, wären abgebrochen. Bei den engen Beziehungen zwischen der Regierung des Präsidenten Beneš und Moskau sind die Zusammenhänge unschwer zu erkennen. Man läßt nicht locker in Moskau.

Inzwischen ist russischerseits ein Schritt unternommen worden, der sich wie eine Geste ausnimmt, durch welche die schon vor dem russisch-polnischen Konflikt eher lahmten Beziehungen zwischen den angelsächsischen und dem russischen Alliierten belebt werden sollen. Anders läßt sich jedenfalls heute die Auflösung der Kommunistischen Internationale kaum werten. Zumindest müßte es sich erst deutlich zu erweisen haben, wenn es tatsächlich mehr als eine Geste gewesen sein sollte. Sie erfolgte zudem erst, nachdem die westlichen Alliierten nach Osten zu recht erhebliche Avancen gemacht hatten, wozu vor allem die immer wieder erneuten Anregungen gehören, Stalin möge sich endlich zu einer Zusammenkunft bewegen lassen, was er jedoch bisher nicht getan hat. So mußten sich die beiden Westmächte allmählich in eine unbefriedigende Position gedrängt sehen: sie tun alles, um Rußland zufrieden zu stellen, sie liefern ihm Material, Lebensmittel, Rohstoffe die Fülle. Sie haben auch die polnische Affäre geschluckt, obwohl Polen schließlich damals unter britischer Garantie in den Krieg gezogen ist — und dabei müssen sie sich von Stalin eigentlich immer wieder leise Andeutungen machen lassen, wie z. B. bei der Gratulation nach Abschluß des tunesischen Feldzuges, in Stalins Glückwunschtelegramm: „... und wünsche Ihnen weitere Erfolge.“ Nicht ohne Grund auch hat die deutsche Propaganda jene Situation aufgegriffen, die um den 1. Mai entstand, als die öffentliche Meinung in den angelsächsischen Ländern erst allen Ernstes, im Gefolge der russisch-polnischen Affäre, an die Möglichkeit deutsch-russischer Beziehungen zu denken begann, um dann, auf den Aufruf Stalins zum 1. Mai, der einige Komplimente an die Adresse der Westmächte enthielt, die Erleichterung wieder allzu augenfällig in Erscheinung treten zu lassen. Die Angelsachsen, so hieß es und heißt es täglich, wären eben „im Schlepptau des Bolschewismus“. Wie dem auch sei: man wird mit Vorteil die Auflösung der Komintern als ein russisches Mittelchen ansehen, die westlichen Alliierten einmal in eine bessere Stimmung zu versetzen — möglich auch, daß die Propaganda des Reiches im Begriffe war, allmählich Boden zu gewinnen, und sich der Schritt unter diesem Gesichtspunkt als zweckmäßig erweisen mochte. Die Geste selbst ändert aber nichts daran, daß die Beziehungen der Angelsachsen zu Rußland und umgekehrt nach wie vor als durchaus labil zu bezeichnen sind.

Und so mag es denn dem Beobachter hin und wieder scheinen, als müßte die weitere Entwicklung des Krieges, und damit auch das Problem einer Invasion, gelegentlich von der Seite dieser labilen Beziehungen aus betrachtet werden. Und damit verbände sich dann die Frage: kommt vielleicht doch alles ganz anders?

Um jene Perspektive vorweg zu nehmen, die zu Ende April die Gemüter heftig bewegte, so ist gewiß eine deutsch-russische Verständigung bei dem jetzigen Stand der Dinge kaum mehr als wahrscheinlich anzusehen. Aber gar nicht etwa aus grundsätzlichen, aus „weltanschaulichen“ Erwägungen! Geht man davon aus, daß die nationalsozialistische Führung, die selbstverständlich rein realpolitisch denkt, sich allmählich zum Schlusse geführt sieht, eine siegreiche Beendigung des Krieges gegen die geschlossene alliierte Koalition, mit ihren beiden aktiven Flügeln, dem westlichen und dem östlichen, sei ausgeschlossen, so wird sie ebenso selbstverständlich nach einer Lösung suchen. Die Frage ist nur, ob diese im Osten noch gefunden werden kann. Wir zweifeln daran. Denn wie die Dinge heute liegen — noch vor einem Jahre könnte es vielleicht anders gewesen sein — hat Rußland kaum ein Interesse an einem Separatfrieden, wenn er nicht von Bessarabien über die Karpatengrenze bis weit nach Polen und zum Baltischen Meer die russischen Ansprüche befriedigt. Das Reich aber sieht sich nicht wohl in der Lage, solcherart Zugeständnisse zu machen, die eine Preisgabe wertvoller Pfländer bedeuten müßten, ohne etwa eine zukünftige Bedrohung irgendwie wirkungsvoll auszuschalten. Gelänge es freilich der deutschen Diplomatie — immer natürlich unter der Voraussetzung, sie halte es überhaupt für notwendig, mit Rußland zu einem Ende zu kommen —, die russischen Ansprüche in erträglichen Grenzen zu halten, was sich vielleicht im Wege von Konzessionen nach anderer Richtung erreichen ließe, so wird man keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die beiden Führungen ohne weiteres die Mittel zu finden vermöchten, die sie über den Schatten ihrer eigenen Propaganda springen ließen. Denn warum sollte sich, letzten Endes, ein 25. August 1939 nicht wiederholen lassen?

Allein die Realpolitiker, die eis kalten Rechner in der Politik, sind nicht allein in Berlin und in Moskau zu finden — auch in London wohnt ein großer Meister. Und das ist der Grund, weshalb auch die augenfälligsten Werbungen der Angelsachsen an Stalins Adresse, auch die stärksten Avancen, die gehäuften Einladungen zu einer Aussprache, und alles andere, kurz: das ganze Drum und Dran, recht kritisch angesehen werden muß. Hier trifft die deutsche Propaganda gewiß nicht das letztlich wesentliche, wenn sie die Angelsachsen „im Schlepptau des Bolschewismus“ sieht. Die Engländer werden zwar gegebenenfalls den Russen wieder die Grenzen von 1914 zubilligen — eine kontinentale Suprematie Rußlands aber werden sie mit nicht weniger Entschlossenheit zu verhindern suchen, wie sie einmal eine französische zer schlagen haben und heute im Begriffe stehen, eine deutsche zunichte zu machen. Churchill und Stalin — diese beiden Staatsmänner jedenfalls wissen, jeder für sich, was sie wollen — gleichgültig, ob sie heute im geheimen schon eine kommende Auseinandersetzung ins Auge fassen oder ob sie eine solche noch zu verhindern suchen: ein tiefes Mißtrauen wird stets ein wesentliches Merkmal ihrer Beziehungen bilden. Spürt man schon heute, da die beiden Reiche eben noch Schulter an Schulter als Verbündete zusammen im Kampfe stehen, solches Mißtrauen — wie sehr wird es erst einmal zur Auswirkung gelangen, wenn nach dem Kriege die Abrechnung über den Frieden ihre Erledigung heischt!

In diesem Mißtrauen aber liegt letzten Endes ein Gesichtspunkt, der für die Beurteilung des Problems einer Invasion des Kontinents gewiß min-

destens so maßgebend ist wie alle anderen, die auf den deutschen Gegner, auf seine militärische Rüstung, auf seinen Atlantikwall Bezug haben. Und wenn wir nun vielleicht glauben, der Krieg in Europa wolle sich seinem Ende nähern, so wäre damit nichts gesagt über die möglichen Entwicklungen, die er noch zu bringen vermag.

Zürich, den 24. Mai 1943.

Jann v. Sprecher.

Kulturelle Umschau

Ein Druckheft und zwei Ausstellungen.

Die Sektion Zürich der Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten versendet ein gut bebildertes Druckheft: „Kunst ins Haus“. Dieser „Aufruf“ verdient als merkwürdige Zeitererscheinung eine Anzeige. Er hat den Zweck, anzuregen, die Künstler mehr durch Aufträge zu beschäftigen und ihnen mehr zu verdienen zu geben — sicherlich außerdem auch denjenigen, das Leben mehr mit guter Kunst zu durchdringen. Eine Reihe von Beiträgen aus Künstlerkreisen greift das Thema von den verschiedensten Gesichtspunkten her an. Es ist wohl kaum ein sinnvoller Beweisgrund unverwertet, kaum ein Bereich, der mit Kunst geschmückt werden könnte, unerwähnt geblieben. Es ist kennzeichnend, wie häufig Name und Begriff des Schmückens vorkommt; und das kann bei dem vorgesezten Zweck natürlich nicht anders sein. Aber die Strebung zum „Schmücken“ bricht sich hier auch in Bezirken Bahn, die jenseits des Verdachts einer bloß intereffizierten Abzweckung liegen. Alexander Soldenhoffs Aufsatz ist ein elementarer Ausbruch gegen die „bloße“ Sachlichkeit, wie sie die Kunst um 1930 weithin beherrschte — wie das ja auch seiner Malerei durchaus entspricht. Er wendet sich mit großer Heftigkeit gegen „gegenständliche Kontrolle“ und „ergebene“ statt „beherrschende“ Haltung der „freien Natur“ gegenüber. Charles Hug fordert graphisch geschmückte Druckwerke, Theaterprogramme usw. in einem Stil, der allein schon ein Programm ist. „Himmelstüren öffnen sich mit dem Jubilieren der Posauern, gleiten mit zartem, schmeichelndem Saitenspiel in die weitgeöffneten Augen und aufmerksamen Ohren der festlichen Gäste. Romeo und Julia, Figaro, Carmen und Troubadour, Tempelbilder und Paläste, Krieger und Priester, Könige und Bettler, Bauernfeste und bunt erfülltes Melodieren, kredenzt von schwebendem Ballett, lassen uns Alle, wie Anno dazumal, in die Zeit der großen Maler, Watteau und Fragonard, zu pastellfarbenen Dichtungen hinüberschweben.“ Und Paul Bodmer führt seinen leidenschaftlichen Stoß gegen einen Eckpfeiler der feindlichen Front, gegen die reformierte Bild- und Schmuckfeindlichkeit, welche ja in der Schweiz zweifellos günstigen Nährboden für die Gefinnung des „neuen bauens“ abgab. „Statt die Sache“ (Innengestaltung der Kirchen) „in die Hand des Architekten und Raumschöpfers zu legen, liefert man sie den Theologen aus und landet damit bei den Sprüchen, die eine Gestaltung unmöglich machen. Also fort mit den Sprüchen und her mit der bildnerischen Gestaltung! . . . Das Gegenständliche der Darstellung ist weniger von Bedeutung. Jeder Gegenstand ist recht, und je einfacher, desto besser. Nicht religiöse Bilder um jeden Preis. Entscheidend ist, ob die menschliche Haltung echt und voller Empfindung ist. Die Familie, die Mutter, das Kind, die tägliche Arbeit, die vielfältigen Beziehungen untereinander. Das Haus, die Landschaft, der Garten, der Acker, Geburt, Jugend, Brautstand, Hochzeit, Vergänglichkeit,